

Mimmo Porcaro

Vorbedingungen für wirksame Aktion der Linksparteien in Europa

Beitrag zur IV. Europa-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Warschau, Oktober 2003

| | |
|--|----|
| 1. Vorwort..... | 2 |
| 2. Enttäuschte Hoffnungen: „Wirtschaftliches“ Europa..... | 3 |
| 3. Enttäuschte Hoffnungen: „Institutionelles“ Europa..... | 4 |
| 4. Enttäuschte Hoffnungen: „Politisches“ Europa..... | 10 |
| 5. Die moderate Linke: Gründe der Umgestaltung..... | 13 |
| 6. Chancen und Probleme für die Parteien der radikalen Linken und die Bewegungen..... | 17 |
| 7. Alternativen für die Parteien und die Bewegungen..... | 26 |

Parteien und soziale Bewegungen

Veröffentlicht durch die Abteilung Politikanalyse der Rosa-
Luxemburg Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin, (+49-30) 44 310 160,
politikanalyse@rosalux.de

rls

1. Vorwort

Die Parteien der europäischen radikalen Linken sind heutzutage mit einer Reihe von Widersprüchen konfrontiert. Einerseits kann keines der wichtigsten Ziele, nach denen sie streben (Frieden, Vollbeschäftigung, Verteidigung und Entwicklung des *Sozialstaats*, Erweiterung der Grundrechte, Umweltschutz) ohne den Aufbau eines Vereinten Europas, sowohl als sozio-ökonomischem Raum wie auch als *politischem* Subjekt, erreicht und vollendet werden. Andererseits bietet die Art, wie die Europäische Union von den Führern des Alten Kontinents gestaltet wird, linker Politik keinerlei Instrumente an und schließt die Parteien der radikalen Linken (oder vielleicht alle Parteien in einer Weise) vom Entscheidungsprozess aus. Um diesen Widerspruch zu untersuchen und Vorbedingungen für radikale linke Aktion zu definieren, zumindest im Allgemeinen, müssen wir den augenblicklichen Zustand der Europäischen Union untersuchen.

Wie jetzt jedem/r offensichtlich ist, kann in der Epoche der Globalisierung keine Einkommensumverteilungspolitik oder Kampf gegen Ungleichheit wirksam innerhalb der nationalen Sphäre geführt werden. Die Bewegungen des internationalen Kapitals machen jeden relativ autonomen wirtschaftlichen Ansatz, der nicht im Kontext „regionaler“ Integration oder zumindest im Rahmen eines zwischenstaatlichen Abkommens durchgeführt wird, unmöglich oder prekär. Ein Beispiel, neben der Europäischen Union selbst, ist Südamerikas Versuch, den Mercosur zu starten, wogegen die Vereinigten Staaten nicht zufällig opponiert haben. Dann hatten wir vor kurzem das Beispiel der WTO-Ministerkonferenz in Cancun, wo nur die (augenblickliche) Einheit der am meisten von der neoliberalen Globalisierung betroffenen Länder, koordiniert mit der Aktion der globalen Bewegungen gegen Neoliberalisierung, den Versuch vollständiger Investitionsliberalisierung, den die Vereinigten Staaten und die EU befürworteten, vereiteln konnten. Aber es ist noch klarer, dass die Grundrichtung der neoliberalen Globalisierung nur umgedreht werden kann (und in Kooperation zwischen Wirtschaftsregionen auf der Basis von Reziprozität und gerechtem Austausch verwandelt werden kann), wenn es möglich ist, ein wirtschaftliches, aber insbesondere politisches Subjekt zu etablieren, das in der Lage ist, die Supermacht USA in Frage zu stellen, den wahren Dirigenten und Hauptnutznießer des augenblicklichen Kurses der Weltwirtschaft.

Kurz gesagt: für die, die linke Politik machen wollen, gibt es kein nationales Schutzgehege. Das klarste Beispiel ist Venezuela (ein Experiment, das mehr Aufmerksamkeit und Solidarität der europäischen Linken verdient): eine bedeutende Einkommensumverteilung zugunsten des Volkes hat zu starkem sozialen Widerstand und einer Situation ständiger politischer und

institutioneller Spannungen geführt. Diese haben zuerst zu Putschversuchen und nun zu allen möglichen Lösungsansätzen geführt, einschließlich der Ermordung des Präsidenten der Republik. Dieselben „Bolivarischen“ Venezuelaner, oder zumindest ein großer Teil von ihnen, sind die ersten, die einsehen, dass ihr Experiment nur im Zusammenhang mit ähnlichen Erfahrungen in anderen südamerikanischen Ländern und in Verbindung mit den globalen Bewegungen gegen Neoliberalismus weitergehen kann.

Nun: die Europäische Union scheint der Hauptkandidat für die Schaffung eines internen Wirtschaftsraums für die Ausbalancierung der globalen Machtbeziehungen zu sein, die einen Rahmen für eine politische Wende weg vom Neoliberalismus schaffen könnte. Bis heute ist das nur eine Hoffnung geblieben, und deshalb weist die Art, in der die nächsten großen Entscheidungen der EU (Verabschiedung einer Europäischen Verfassung und Osterweiterung) vorgezeichnet werden, keine positiven Perspektiven. Tatsache ist, dass die momentanen europäischen Führer weder ein wirtschaftliches Interesse noch die politische Kultur haben, um ein wahrlich neues großes geopolitisches Subjekt zu schaffen. Nur die Klassen, Parteien und Bewegungen, die an wahrer linker Politik interessiert sind, können (und müssen) den Kampf um das schwierige Ziel, ein solches Subjekt aufzubauen, fortsetzen.

2. Enttäuschte Hoffnungen: „Wirtschaftliches“ Europa

Es ist eine weit verbreitete Meinung, dass der augenblickliche Zustand der Europäischen Wirtschaft auf keinen Fall großartig ist und dass es keine Anzeichen gibt, dass er sich kurz- oder mittelfristig bessern wird. Die Arbeitslosenzahlen - und vor allem die neuesten Investitionszahlen - zeigen alle eine gefährliche Tendenz zu Stagnation und Abstieg. Schlimmer noch: sie scheinen eine Neigung zum Überwiegen des Dienstleistungssektors und einen Prozess der Deindustrialisierung anzudeuten, der wiederum einige Möglichkeiten für kurzfristige Profite aufzeigt, aber die Nachhaltigkeit der Union als erstrangiger Wirtschaftsmacht nicht voll garantiert.¹ Die augenblickliche Stagnationsphase könnte auch moderat durch einen teilweisen zukünftigen Anstieg im Wachstum korrigiert werden. Es gibt jedoch wenigstens zwei wichtige *strukturelle* Faktoren, die einen wirklich breiten und ausgeglichenen Wirtschaftsaufschwung verhindern.

Der erste ist die starke und wachsende *Regionalisierung* der europäischen Wirtschaft: das ist zwar in Zeiten des Wachstums ein dynamisierender Faktor, aber die Regionalisierung akzentuiert soziale und wirtschaftliche

¹ Gemma Contin, „Europa-Italia, conti a perdere“, in *Liberazione*, 13. Sept. 03.

Ungleichgewichte innerhalb der individuellen Staaten und innerhalb der Union. Darüber hinaus sind solche Ungleichgewichte in Phasen der Stagnation Widerstände gegen einen Aufschwung, da sie die zusammengesetzte Nachfrage gefährlich verringern. In mancher Hinsicht spiegeln die Beziehungen zwischen den einzelnen Regionen die Klassenunterschiede wider. Diese werden dem Spiel des Markts überlassen; die unausgewogenen Beziehungen führen zu einer Reduzierung in den Einkommen der unteren Klassen bis zu dem kritischen Punkt, wo die Abnahme kein Vorteil mehr für das System ist, sondern zu einem Faktor oder einem der Faktoren der Krise wird. Die Anwendung des „perfekten Markt“-Modells auf die Beziehungen zwischen Regionen führt zu einer ähnlichen Situation, für die der Zustand Süditaliens nur eines von mehreren Beispielen darstellt. Es scheint nicht, als wollten oder könnten die europäischen Führer diese Tendenz umkehren, die ein allgemeiner Effekt der Globalisierung ist. Manche denken, es sei auch eine bewusste Entscheidung, die die Vereinigten Staaten treffen, denn indem sie auf eine starke Regionalisierung Europas drängen, schwächen sie es wirtschaftlich und politisch.² Die Kürzung der europäischen Strukturfonds und die Kriterien für ihre Verteilung, die sehr viel mehr an sofortiger Belohnung als an nachhaltiger Entwicklung orientiert sind³, wird die Ungleichgewichte daher verschärfen, und nach der nächsten EU-Erweiterung werden die Probleme sogar noch größer.

Der zweite und wichtigere Faktor, der die Möglichkeiten gleicher Entwicklung beschränkt, beruht auf der *allgemeinen Philosophie*, die hinter den wirtschaftlichen Aktionen der europäischen Führer steht. Diese Philosophie, die direkt die Interessen des Finanzkapitals⁴ widerspiegelt, ist vor allem in den „Maastricht-Kriterien“ und dem „Stabilitätspakt“ verwirklicht. Diese sind eine wahrhaftige und tatsächliche Beschränkung, die jede Vereinbarung über eine antizyklische öffentliche Interventionen - oder einfach nur Veränderungen, die einige Aspekte der Stagnation abschwächen - unmöglich macht. Es ist kein

² Pierre Hillard, „Europa balcanizzata?“, in *Liberazione*, 7. Sept. 03

³ Gianfranco Viesti und Francesco Prota, „Le prospettive della politica di coesione comunitaria in un' Europa allargata“, in *Stato e mercato*, Nr. 1, 2003.

⁴ Es ist wichtig zu betonen, dass ich mit dem Begriff *Finanzkapital* nicht versuche, eine bestimmte Gruppe von Kapitalisten anzusprechen, die sich von den anderen unterscheidet und zu ihnen im Gegensatz steht (sagen wir die angeblich böartigen „bösen Spekulanten“ gegen die „guten“ und „geschäftigen“ Industriellen). Sicherlich gibt es Gruppen, die sich hauptsächlich oder ausschließlich der Profiterzielung durch finanzielle Operationen widmen. Jedoch interessiert die Finanzform des Kapitals das industrielle Kapital selbst. In Perioden starker Marktturbulenzen und fortgesetztem Krieg um industrielle Anschaffungen und wissenschaftliche Forschung gibt es ein Bedürfnis nach großen Massen von flüssigem Geld, das direkt in finanzielles Kapital überwiesen wird. Daher gibt es keine Hoffnung auf ein Bündnis des Industriekapitals gegen das Finanzkapital. Sie sind zwei Seiten derselben Münze, heutzutage sogar noch mehr als zuvor. Andererseits ist es möglich, dass sich zwischen den beiden Formen des Kapitals starke Widersprüche entwickeln.

Zufall, dass viele Länder versuchen, einige dieser Beschränkungen zumindest teilweise durch einige Buchhaltungstricks zu überwinden. Es ist auch kein Zufall, dass zahlreiche Stimmen für eine Zurücknahme und Überarbeitung des Übereinkommens plädieren. Paradoxe Weise sind das jedoch hauptsächlich Stimmen der Rechten, da die Linke - mit der Ausnahme der extremen Linken - die Philosophie der „ausgeglichenen öffentlichen Haushalte“ und des „Kampfs gegen die Inflation“ voll akzeptiert zu haben scheint. Diese Philosophie hat jedoch aus der Sicht der wirtschaftlichen Analyse keinerlei solide Fundierung, aber ihr politisches Ziel ist klar: der Kampf gegen den öffentlichen Sektor als Teil der komplexeren Strategie zur Schwächung der Lohnabhängigen und Zwang zur Überausbeutung. Außerdem ist ihr Umverteilungseffekt zugunsten der herrschenden Klassen auch klar. Tatsächlich nehmen, in einer Zeit, da Inflation gegen Null tendiert, Preise und Einkommen (relativ) ab und die finanziellen Bürden werden nicht verringert. Das ist so, weil die Schulden oft in Zeiten hoher Inflation ausgehandelt worden sind und weil Zentralbanken ihre restriktiven Politiken fortsetzen. Das führt zu einer starken Verlagerung der Einkommen von den Schuldern (den Arbeitern und dem Staat) zu den Kreditoren (den Besitzern von Finanzkapital).⁵ Also haben die Motive, die die europäischen Führer dazu bringen, die restriktiven Maastrichtkriterien aufrechtzuerhalten, wenig mit einer Entwicklungsperspektive zu tun. Sie haben viel mehr mit den unmittelbaren Interessen der Kapitalisten, sowohl was Industrie- als auch Finanzkapital angeht, zu tun und mit dem Ziel, die Klassenverhältnisse zugunsten der herrschenden Klassen umzudefinieren.

Also gibt es keine Möglichkeit, Einkommensumverteilung zugunsten der unteren Klassen einzuleiten, ohne die augenblicklichen wirtschaftlichen Kriterien der Europäischen Union auszusetzen. Außerdem wird die Situation noch schwerer dadurch, dass die Überwindung der Maastricht-Kriterien notwendig aber nicht hinreichend wäre, da eine wahre Erholung der Wirtschaft und also auch der Beschäftigung und außerdem eine Wiederbelebung einer relativ autonomen und ausgeglichenen Entwicklung der europäischen Regionen nötig wäre. Das würde höchstwahrscheinlich Initiativen erfordern, die nicht nur keynesianisch wären. Wenn es notwendig ist, der Deindustrialisierung entgegenzuwirken, ist es nötig, eine solide wirtschaftliche Struktur aufzubauen, kohärent und fähig, von allen Vorzügen der technologischen Revolution zu profitieren; tatsächlich wäre eine *aktive* Industriepolitik erforderlich. Diese würde auf einem *Programm* beruhen müssen, das in der Lage wäre, nicht nur was die Menge der für produktive Ziele zur Verfügung stehenden monetären Ressourcen angeht, zu intervenieren (wie in der traditionellen Keynesianischen Formel), sondern auch was die *Qualität* der öffentlichen Ausgaben angeht, ihre Zusammensetzung und die Art der

⁵ Emiliano Brancaccio, „Le servitù di Maastricht“, in *la rivista del Manifesto*, Nr. 30, Juli/August 2002.

Investitionen.⁶ Eine einfache Steigerung der öffentlichen Ausgaben, direkt oder indirekt, würde mehr erreichen als das augenblickliche Industrie- und Finanzsystem mit seinen Aktivitäten der reinen Vermittlung und seinen *arbeitssparenden* Investitionen.

In diesem einen Fall, kurz gesagt, wäre es gut, wirklich von den Vereinigten Staaten zu lernen. In den Vereinigten Staaten, wie zu Recht betont worden ist, beobachten wir nicht nur hohe Haushaltsdefizite (und das ist einer der grundsätzlichen Gründe für die Wirtschaftsentwicklung des Landes), sondern dieses Defizit hat darüber hinaus ein präzises Ziel: öffentliche Ausgaben werden hauptsächlich für Interventionen in integrierten und wegen ihrer wirtschaftlichen und technologischen Synergien ausgewählten Sektoren genutzt, d.h. dem berühmten militärisch-industriellen Komplex. Natürlich sollen die Parteien der europäischen radikalen Linken nicht vorschlagen, die amerikanische Kriegsmaschine nachzuzahlen, sondern eine öffentliche Intervention, die bewusst und planmäßig auf andere Sektoren abzielt, die integriert sind, oder integriert werden können, wie z.B. die ökologische Produktion, die mit der Entwicklung der technisch-wissenschaftlichen Bildung vereinbart werden muss.

Aber die Idee einer planmäßigen wirtschaftlichen Intervention, einer aktiven Industriepolitik liegt sehr weit von dem, was die europäischen Regierungen, ihr politisches, wissenschaftliches und Managementpersonal wollen. Und leider liegt sie auch sehr weit von den Ideen der ganzen oder fast der ganzen Linken, die entweder den Neoliberalismus akzeptiert oder sich darauf beschränkt, neo-Keynesianische Rezepte als Slogans vorzuschlagen.

Angesichts dieser Bedingungen wird es tatsächlich ein sehr weiter Weg, bis Europa sich wirklich zu einem alternativen Wirtschaftssubjekt zu den Vereinigten Staaten und einem Schauplatz innovativer wirtschaftlicher Politiken entwickelt.

3. Enttäuschte Hoffnungen: „Institutionelles Europa“

Eine zusammenfassende Analyse der augenblicklichen institutionellen Balance in Europa im Zusammenhang mit dem durch das von Giscard d'Estaing präsierte Konvent erarbeiteten Verfassungsprojekt⁷ kann die eben von uns gemachte Beurteilung nur bestätigen und bestärken.

⁶ Ricardo Bellofiori, „Con e oltre Keynes“, *ibidem*

⁷ (Das im Dezember 03 von der Regierungskonferenz vorläufig abgelehnt wurde, Anmerkung der Übersetzerin, C.K.)

Es muss sofort gesagt werden, dass der Verfassungsentwurf (der nach Meinung vieler nur „Vertrag“ genannt werden sollte, um die weiter bestehende Souveränität der Staaten zu unterstreichen) die Tendenz befürwortet und verstärkt, die Europäische Union nicht als Föderation, sondern als institutionelle Realität zu behandeln, die nur die *zwischenstaatlichen* Organe als Objekte und Protagonisten sieht. Das schwächt die Möglichkeit, sich als starkes vereinigt Subject zu präsentieren, insbesondere im Hinblick auf die Außenpolitik.⁸ Ein Beweis dafür, unter anderem, ist der *Ansatz*, der zum „Giscard-Projekt“ führte. Das Konvent, das es zum Leben brachte, wurde vom Europäischen Rat (dem zentralen Organ der Union, bestehend aus den Repräsentanten der verschiedenen nationalen Regierungen) in seiner Laeken-Sitzung (Dezember 2001) eingesetzt. Darüber hinaus, und das ist sehr wichtig vom verfassungstheoretischen Gesichtspunkt her, wird die Revision der Verfassung wiederum vom Europäischen Rat durchgeführt. D.h., in keinem der entscheidenden Momente im Prozess der *Genese* der Europäischen Verfassung, ist die Intervention des *demos* (Volkes) geplant. Vor allem ist auch keine verfassungsgebende Verfassung geplant, die direkt von den europäischen Bürgern gewählt wäre: Daher würde selbst ein mögliches Referendum, als letztgültige Form der Billigung der Verfassung, im Augenblick nur als plebiszitäres Instrument und nicht als echt demokratisch erscheinen.

Das *Demokratiedefizit*, das so viele beobachten (und nicht nur aus sozialen Bewegungen und einigen linken Parteien) und der Europäischen Union in die Schuhe schieben, verurteilt das konstitutionelle Projekt in seinen prozeduralen Grundlagen von Anfang an. Das Defizit setzt sich mit der Bestätigung der völligen Unterwerfung des Europa-Parlaments unter die Exekutive fort: das Verfassungsprojekt sieht vor, dass der Ministerrat das grundsätzliche legislative Organ sein sollte (vgl. Artikel I, 23). Dieser Rat ist vor dem Parlament, das nur eine Mitentscheidungsfunktion im legislativen Prozess und keine wirklich eigenständige Macht hat, nicht verantwortlich.

Das Demokratiedefizit ist daher auf zwei Weisen bestätigt. Einerseits ist da das oberste Organ, der Rat der Regierungen. Er ist der Ausdruck für Regierungen, die einzig und allein die Mehrheit der Wähler in jedem einzelnen Land repräsentieren (und nicht die gesamte Wählerschaft, wie im Fall des Parlaments). Die Mitglieder werden mit einem Mandat für die innere Politik ihrer Länder und nicht europäische Politik gewählt. Andererseits ist diese oberste Körperschaft gleichzeitig eine exekutive und eine legislative, ohne Gegengewichte und Kontrolle (die vom liberalen Konstitutionalismus geschätzten

⁸ Hartmut Marhold, « Grandeur et faiblesses de la Convention européenne: un bilan provisoire », in *L'Europe en formation*, Nr. 3-4, 2002.

checks and balances); ein Umstand, der dem grundsätzlichen Prinzip der Gewaltenteilung entgegenwirkt.⁹

Wenn man sich dann die Grundwerte ansieht, die dem Verfassungsprojekt zu Grunde liegen, wird der Unterschied zu Verfassungen, die aus dem Zweiten Weltkrieg herrühren, von vornherein deutlich. *Friede* und *Arbeit*, die Werte, die von den europäischen Konstitutionalisten in Reaktion auf die Schlächtereie von 1939-1945 und als Ausdruck eines dynamischen Kompromisses zwischen verschiedenen sozialen Klassen als grundlegend angesehen wurden, werden einer starken Veränderung unterworfen, die diese beiden Prinzipien an die augenblicklichen, auf ständigem Kriegführen und prekäreren Arbeitsverhältnissen beruhende Phase des Kapitalismus anpasst. Frieden wird nicht länger als grundlegender Wert betrachtet, sondern nur als ein mögliches Ziel der Union (I, 2) und dem Opportunismus und den politischen Entscheidungen der Entscheidungsträger unterworfen. Frieden ist nicht länger ein Hindernis, das die Entscheidungen der Entscheidungsträger beschränkt, sondern nur ein Auspizium, das mit keiner bewussten Bedeutung ausgestattet wird (und das ist umso so schlimmer, als irgend etwas wie ein wirklicher europäischer öffentlicher Raum zum ersten Mal gerade während der Friedensbewegungen 2003 aufgekommen ist - also widerspricht die Verfassung dem einzigen großen gemeinsamen Aufstand der europäischen Bürgerinnen und Bürger). Ebenso wird das *Recht auf Arbeit*, ein zentraler Punkt in den Jahren bis 1980 ungefähr, im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung, in das *Recht zu arbeiten* verkehrt; es ist daher kein universelles Recht mehr, sondern eine bloße Fähigkeit der Individuen. Deshalb gibt es auch nicht länger eine Politik der Vollbeschäftigung, sondern ein einfaches Streben nach einem „hohen“ Beschäftigungsniveau, und die Union befasst sich nur damit, den Verkauf der Arbeitskraft auf der Grundlage der Bildung zu fördern und die Beschränkungen, die der Beschäftigung eines Einzelindividuums entgegenstehen (Hürden, die, wie wir heutzutage wissen, fast immer mit der exzessiven Unnachgiebigkeit der Löhne und Normen zu tun haben), abzubauen. „Infolgedessen wird - wie angemerkt wurde - das Recht auf Arbeit sein Druckgebiet auf den Arbeitsmarkt verlagern, und die Abschwächung der Sicherheit wird mit der Umverteilung der Haushaltsbürden zugunsten der mittleren und oberen Klassen einhergehen.“¹⁰

Jedoch ist die Behandlung des Rechts auf Arbeit noch einem Aspekt viel größerer Bedeutung unterworfen. In einer Verfassung, die im Gegensatz zu den

⁹ Laurent Pech, « La solution au déficit démocratique : une nouvelle gouvernance pour l'Union européenne ? », in : *Journal of European Integration - Revue d'integration européenne*, Nr. 2, June 2003.

¹⁰ Mario Agostinelli, „Principi di carta, leggi bronzee“, in *la rivista del Manifesto*, Nr. 42, Sept. 2003.

grundsätzlichen Ideen des modernen Konstitutionalismus, der Handlungsmöglichkeit der Regierungen praktisch keine Grenzen setzt und allen Forderungen aufgrund von Einschätzungen politischer Möglichkeit praktisch offen gegenübersteht, ist die einzige wirklich auf klare Weise definierte Beschränkung die des *neoliberalen Monetarismus*. Die oben erwähnte Philosophie, die die Maastricht-Kriterien und den Stabilitätspakt inspirierte, verwandelt sich praktisch in eine *konstitutionelle Norm*. Die Artikel 66, 67, 68, 73 und 74 des Teils III des Verfassungsprojektes nehmen Preisstabilität, Marktwirtschaft, freien Wettbewerb, Haushaltsbeschränkungen und den Kampf gegen Inflation als Prinzipien der Union an. Die Reaktivierung selbst eines moderaten Keynesianismus wird innerhalb der Union juristisch unmöglich. Unter diesen Umständen können wir nur hoffen, dass die Autonomie der Politik im Verhältnis zu den Verfassungsprinzipien, im „Giscard-Projekt“ vage vorgestellt, einen Staat oder eine Gruppe von Staaten anregt, diese Beschränkungen liberal auszulegen und die Verfassungsnorm zu umgehen. Aber Schlimmeres wird noch kommen: selbst der Abbau öffentlicher Dienstleistungen wird zum konstitutionellen Gebot: einem rigorosen Subsidiaritätsprinzip folgend, müssen alle grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen nun hauptsächlich durch den Markt erbracht werden. Der „öffentlichen Hand“ verbleiben nur die Dienstleistungen für die ärmsten Bürger, im Einklang mit dem Konzept der *Restwohlfahrt*, die Versorgung durch den Sozialstaat vollständig vom ursprünglichen Konzept der Garantie der Grundrechte *aller* Bürger löst.

Man könnte viel mehr sagen, zum Beispiel was die minimalen Normen angeht, die Arbeiterrechte durch Gewerkschaftsvertretung, Kündigung, soziale Sicherung und Schutz, Migration festlegen. Es ist geplant, dass der Ministerrat Entscheidungen über diese Normen einstimmig fassen soll. Also wäre es genug, dass ein überzeugter Liberaler (und es mag ihrer auf der Linken mehr geben als auf der Rechten) eine Norm ablehnt, die hauptsächlich die Arbeiter schützt, damit diese Norm durchfällt.

Kurz gesagt, die institutionelle Form der Europäischen Union scheint absichtlich gemacht, um selbst die überzeugtesten Befürworter eines föderalen Europas zu desillusionieren, seien sie auch die aufmerksamsten Kritiker der antidemokratischen Entwicklung der westlichen Staaten oder solche, die Europa als möglichen Damm gegen neoliberale Politik sehen, wenn nicht gar als Ausgangsbasis für eine Umkehr der fundamentalen Tendenzen der Globalisierung. Die Hoffnung derer, die, wie einige Strömungen der Antiglobalisierungsbewegung Europa als „Staat, der keiner ist“ sehen, ist auch unbegründet, da Europa keine eigene Struktur hat, die wirklich autonom von der anderer Nationen wäre, keine eigene Staatsbürgerschaft, die die anderen aufheben und ersetzen würde, keine Außenpolitik, die nicht vom Kompromiss

zwischen den individuellen Regierungen geprägt wäre und keinen Platz, um die Aktivitäten der sozialen Bewegungen aufzunehmen. In Wirklichkeit kann man mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass dieser Staat *sui generis* keine positiven Charakteristika des Staates (Legitimation durch das Volk, Gewaltenteilung, Umverteilungsfunktion, universelle Rechte) enthält. Jedoch enthält er alle negativen Aspekte, die der Staat in sich aufgenommen und im Zeitalter des Neoliberalismus verschlimmert hat: Unabhängigkeit der Exekutive und der Bürokratien, Umverteilungsfunktion zugunsten der herrschenden Klassen und nicht der Volksklassen und Schließung der Grenzen für Migrantinnen und Migranten. Also scheint es schwierig, Ziele der Bewegungen, Frieden, Kampf gegen unsichere Beschäftigungsverhältnisse und den Empfang von Migrantinnen und Migranten, in dieses institutionelle Äquilibrium einzuschieben, und sei es auch nur auf prekäre Weise.

4. Enttäuschte Hoffnungen: „Politisches Europa“

Die Grenzen der europäischen Verfassungsarchitektur spiegelt die Beschränkungen Europas als politisches Subjekt wider, d.h. als einer Einheit, die fähig ist - zumindest durch die notwendigen vermittelnden Medien - mit einer Stimme und als wirksames Subjekt sowohl innerhalb als auch außerhalb seiner Grenzen zu sprechen. Tatsächlich scheint die Wirksamkeit der Handlungen der EU innerhalb ihrer Grenzen bedeutend. Die Schaffung einer einheitlichen Währung und die den Wirtschaftspolitiken der einzelnen Länder auferlegte Disziplin, die Verteilung der Agrarsubventionen, die Verteilung der Strukturfonds und eine Form der Politikkoordinierung sind alles Resultate von bemerkenswerter Wichtigkeit. Jedoch werden diese Resultate intern nicht für ausreichend genug erachtet, um eine wirklich konvergente, auf gemeinsamen identifizierbaren Werten basierende Einheit zu schaffen. Wirtschaftliche Effizienz, Wettbewerbsleistung, „Sicherheit“ gegen Einwanderung: Diese können nur auf der Basis einer gänzlich den Wirtschaftskräften unterworfenen Sozialwissenschaft als Werte betrachtet werden. Und alle diese Faktoren erscheinen sogar noch weniger einigend, wenn wie es heute geschieht, eine Krise ausbricht. Unter diesen Bedingungen steht nicht nur die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union zur Debatte, sondern die Existenz der Union als Ganzer, wenn man in Erwägung zieht, dass die Union bis jetzt nur durch Kriterien des öffentlichen Interesses legitimiert war. Also wird ihre Existenz von innen heraus bedroht sein, und dies genau in einem Moment, da eine Union, die nicht auf monetären Prinzipien beruhte, nun all ihre wahre Sorge um das Allgemeinwohl zeigen und sich für die tatsächlichen Bürgerinnen und Bürger legitimieren könnte. Unter den gegenwärtigen Bedingungen riskiert das liberale Europa, die realen Grundlagen seiner Existenz zu untergraben. Der starke Anstieg der Rechten auf dem alten Kontinent, die Tendenz, der Krise mit Nationalismus statt

durch die Lancierung eines wirklich supranationalen Subjekts zu begegnen, sind nur einige der Symptome dieser schwierigen Situation.

Jedoch ist es hauptsächlich aufgrund der Außenpolitik, dass Europa wirklich große Schwierigkeiten hat, sich als unabhängiger und bedeutender Akteur zu erweisen.

Man kann sagen, dass bis zum 2. Irakkrieg die europäische Politik nicht vollständig von den Hauptlinien der U.S.-Politik abwich, und so eine Unfähigkeit zeigte, alle Konsequenzen der *Richtung* der U.S.-Strategie zu verstehen. Eine Strategie, die gefahren wurde, um gestern Serbien, heute Irak, morgen Iran anzugreifen, und immer mit dem Ziel, geopolitische Bedingungen zu schaffen, die entweder Europa, Russland oder China daran hindern, eine geopolitische Macht zu einem Grad zu werden, der die U.S.-Macht wirksam bedrohen könnte. Eine Strategie, die im Übrigen nie verborgen wird, und durch alle vom nordamerikanischen *Establishment* vorgebrachten Absichtserklärungen leicht dokumentiert werden kann.¹¹ Es ist natürlich unmöglich, dass die europäischen Führer sich über diese Strategie nicht im Klaren sind. Mit der Ausnahme europäischer Regierungen, die Kandidaten für eine permanente Vasallenrolle bei den Vereinigten Staaten sind (wie die Blair und die Berlusconi-Regierungen), ist es klar, dass die anderen sich entschlossen haben, die Linie des Weißen Hauses im Namen unmittelbarer wirtschaftlicher und politischer Interessen, auf Kosten langfristiger Interessen zu unterstützen. Der erste Krieg gegen den Irak könnte das Ziel gehabt haben, einen Einfluss auf die Ölvorkommen zu gewinnen. Der Krieg gegen Serbien war offensichtlich durch den Anspruch motiviert (über den „humanitären“ Vorwand hinaus, der nur die beruhigen konnte, die sich täuschen lassen wollten), das ehemalige Jugoslawien endgültig auseinander zu reißen, um das DM-Gebiet auszudehnen und den deutschen Einfluss im Osten zu stärken. Allgemein gesagt verhindert die Verbindung der verschiedenen Kapitalfraktionen auf beiden Seiten des Atlantiks und die beiderseitigen Interessen an wirtschaftlicher Entwicklung beider Pole der Beziehung (US und Europäische Union) das Eingeständnis – *bis zu einem gewissen Grade* – der potentiellen und realen Konflikte zwischen den beiden sozioökonomischen Systemen, die immer noch unterscheidbar und wettbewerbsfähig bleiben. Dieser „Punkt“ war während des zweiten Irak-Kriegs für eine Zeitlang überschritten. In diesem Fall war es klar, dass die Entscheidung der US (und das Bestehen auf dem Ignorieren der UNO-Position) bedeutete, dass die USA frei sein wollten, welche Kriegsentscheidung auch immer in der Gegenwart und zukünftig treffen zu wollen und in welcher geopolitischen Konstellation auch immer nach Belieben mit im Wesentlichen nur US-Interessen im Kopf intervenieren zu können. Der Krieg

¹¹ Federico Bordonaro, „Gli artigli dell' aquila. Gli Stati Uniti e il resto del mondo in un' epoca di crisi“, publiziert durch die Zeitschrift *Koinè*, Herbst 2003.

im Irak insbesondere provozierte Opposition von Frankreich, Deutschland und Russland wegen der Situation der langfristigen Besatzung, die er bedeutete, der stabilen Kontrolle über das Öl des Landes, die er den US sicherte, der Tatsache, dass er einen Keil in Russlands Flanke trieb und einen Außenposten für einen möglichen Krieg um den Iran darstellt. Jedoch hat diese Opposition, das erste Zeichen des Bruchs in dem aus dem Zweiten Weltkrieg entstandenen und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sich entwickelnden Bündnissystem, bis jetzt nur dazu gedient, ein Problem zu verdeutlichen, ohne die Instrumente zu liefern, es zu lösen. Russland hat die Achse Paris-Berlin schnell verlassen, und die beiden europäischen Hauptstädte fanden sich schnell im Wesentlichen isoliert im Verhältnis zu den anderen Hauptstädten der Union wieder, die alle zu Washington standen - manche mehr, manche weniger. Daher war das *erste Zeichen europäischer Autonomie auch das Zeichen eines möglichen Bruchs der Europäischen Union*: wieder einmal wurde eine politische Entscheidung großer Wichtigkeit nicht von der Union getroffen, sondern von einzelnen Staaten, obwohl es Staaten mit viel Macht in der Union waren. Das Weiße Haus nutzt diese Isolation heute immer noch. Es wachsen die Teile des Establishments in den Vereinigten Staaten, die nicht mehr denken, dass die *politische* Einheit Europas für die US nützlich ist. Sie würden es vorziehen, dass der alte Kontinent bliebe, wie er ist, eine große Zone, so offen wie möglich für den Freihandel. Sicherlich wird eine solche Konzeption im Augenblick so klar nur von dem ultrakonservativen Flügel in den US ausgesprochen, aber wir wissen, wie wichtig dieser Flügel in der Bush-Administration ist. In der Zwischenzeit ist der folgende Taxifahrerwitz ein Symptom des Humors recht vieler Amerikaner: *After Iraq, Chirac.*

Dieser Widerspruch ist natürlich nicht geheilt worden und wird wieder aufbrechen. Selbstverständlich ist es nicht leicht, die kurz- oder mittelfristige Herausbildung eines gemeinsamen europäischen Vorgehens im Gegensatz zu den US einzuschätzen, und das hat mindestens zwei Gründe. Zunächst einmal ist die französisch-deutsche Achse nicht ganz stabil und sicher, wegen der weiter bestehenden Konflikte über die Agrarpolitik der Union, über das Ausmaß und die Verwendung der Strukturfonds, über die Strenge der Haushaltskriterien (wichtiger für Deutschland als für Frankreich) und über die Stimmengewichtung im Rat.¹² Zweitens, und das ist noch wichtiger, die nächste (2004) Erweiterung um Estland, Litauen, Lettland, Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Zypern und Malta ist dazu angetan, die Divergenzen in Europa in außenpolitischen Fragen unter Umständen noch zu erschweren. Diese Staaten, vor allem Polen, die frühere Satelliten des Sowjetimperiums sind,

¹² Robin Hagelberg, « L'Allemagne, la France et le processus d'élargissement de l'Union Européenne » in : *L'Europe en formation*, Nr. 3-4, 2002.

zeigen eine ausgeprägte Tendenz, sich mit den US zu verbinden, was einige Kommentatoren fragen ließ: „Erweitern wir Europa oder die US?“¹³ Die Motive dieser Bündnisse sind offensichtlich: einerseits versuchen die ehemaligen Warschauer Pakt-Mitglieder, indem sie die US wählen, der geopolitischen Erpressung zu entrinnen, die sie immer von den Schwankungen in den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland abhängig machte, andererseits versuchen diese Länder sich, weil es notwendig ist, eine militärische Abwehr gegen unvorhersehbare Ereignisse in Russland zu finden, mit denen zu verbünden, die eine solche Verteidigung garantieren können. Das führt auch zum NATO-Beitritt und die darauf folgende starke Gewichtung der Atlantischen Allianz zu Gunsten der US.¹⁴

Nun zeigt das Ereignis der EU-Erweiterung nach Osten, das sehr von Deutschland vorangetrieben wurde, dass das unmittelbare wirtschaftliche Ziel (Erweiterung des europäischen Binnenmarkts und der Einflussosphäre der deutschen Industrie) für wichtiger erachtet wurde als ihre möglichen politischen Konsequenzen. Darum wird die Existenz Europas als selbständiges politisches Subjekt offenbar nur so lange als ein wertvolles Ziel erachtet, wie es den wirtschaftlichen Interessen der betroffenen Länder direkt zu Gute kommt. Wiederum scheint der Aufbau Europas mehr von wirtschaftlichen als von politischen Absichten getragen worden zu sein. Die Erweiterung der Union macht unabhängige Außenpolitik sogar noch schwieriger, wie auch die Hinzufügung einiger Staaten zur Europäischen Union, die wenig Neigung haben, ihre eigene Hoheit an supranationale Körperschaften abzugeben, wegen früherer Erfahrungen mit der ehemaligen Dominierung durch die UdSSR. Dieses erhöht die Distanz zum Projekt eines Europas, das fähig wäre, ein Akteur in der Weltpolitik zu sein.

5. Die moderate Linke: Gründe zur Umgestaltung

Die Parteien der moderaten Linken haben den Kurs der Politik in der Union fast immer ohne Zögern angenommen, und darum sind sie im großen Maße verantwortlich dafür, sowohl auf nationalem wie auf internationalem Niveau.

Zum Beispiel zeigten sie überhaupt keinen Widerstand gegen die US-Strategie während des Kriegs gegen Serbien, unterstützten die militärischen Operationen direkt und trugen zur Schaffung des Mythos der „humanitären Intervention“ bei. In manchen Fällen, zum Beispiel in Italien, agierten sie im direkten Widerspruch zum Verfassungsrecht, das Regierungen dazu zwingt, Krieg abzulehnen, indem sie das Hindernis mit einem Trick umgingen, nämlich die

¹³ „Figli di un dio maggiore?“, Leitartikel in *Limes. Rivista italiana di Geopolitica*, Nr. 3, 2003.

¹⁴ Thomas Fromm, „La Germania non trova più i suoi satelliti“, *ibidem*.

Intervention im Kosovo nicht als „Krieg“, sondern als „internationale Polizeioperation“ zu definieren. Sogar eine solche hat jedoch kein reales juristisches Äquivalent im Völkerrecht.

Die Opposition gegen den zweiten Irakkrieg durch einen großen Teil der moderaten Linken sollte sicherlich als wichtiges Phänomen gewertet werden, dass eine neue Phase der europäischen Politik eröffnen könnte, wenn es sich angesichts anderer US militärischer Abenteuer wiederholte. Jedoch ist es legitim zu fragen, ob und inwieweit diese Opposition auf einer strategischen Entscheidung und einem genauen Verständnis der US-Strategie beruht, oder ob es nicht eher aus der Tatsache resultiert, dass die Mehrheit der Parteien der moderaten Linken zu Beginn des Krieges keine Regierungsrolle spielen mussten. Deshalb konnten sie die von der öffentlichen Meinung ausgedrückten pazifistischen Gefühle in solch starker und detaillierter Weise annehmen. Die nächste Frage ist, ob der Widerstand gegen Krieg nicht in erster Linie Opposition gegen US-Alleingänge ist und ob ein zukünftiger, auf multilateraler Basis beschlossener Krieg nicht wieder eine Konvergenz zwischen europäischer Linker und Weißem Haus verzeichnen könnte.

Dennoch ist die Identifizierung der moderaten europäischen Linken mit dem augenblicklichen Kurs der politischen Union nicht nur angesichts des Krieges aufgekommen, es ist auch mit Hinsicht auf soziale und institutionelle Entscheidungen ausgesprochen deutlich. In den meisten Fällen wird die neoliberale Doktrin mit Überzeugung angenommen: der Italiener Massimo d' Alema - führender Exponent der Democratici di Sinistra (Linken Demokraten) unterzeichnete gemeinsam mit Tony Blair ein Manifest, das die Politik der *workfare* als wünschenswert beschrieb. Diese in der angelsächsischen konservativen politischen Kultur verwurzelte Politik beruht nicht mehr auf staatlichen Leistungen und der Anerkennung universeller Arbeiterrechte, sondern auf einer Reduzierung der garantierten Ansprüche und „indirekten Gehälter“ (Renten, Subventionen etc.), bis die größtmögliche Zahl von Individuen „zur Arbeit geführt“ worden ist. Unter den augenblicklichen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt bedeutet das, dass die Arbeiter jede Sorte von den Kapitalisten beschlossenen Arbeitsbedingungen annehmen müssen. Selbst die Verfassungsarchitektur wird von der moderaten Linken nicht wirklich diskutiert oder kritisiert. Der augenblickliche Verfassungsentwurf wird manchmal als „unzureichend“ kritisiert; jedoch findet keine Kritik des undemokratischen Charakters des Definitionsprozesses der Verfassung und der Struktur der Beziehungen zwischen Parlament und Exekutive statt. Deshalb ist die moderate Linke vollständig in die Prozesse der Schwächung des Parlaments zum Vorteil der Regierungen integriert.

Eine solche Situation kann nicht von einer Fehleinschätzung, einer Fehlinterpretation der Ereignisse resultieren. Wir haben es nicht mit einer Linken zu tun, die *nicht versteht*, dass der augenblickliche Kurs der Europäischen Union traditionellen Werten der Linken selbst widerspricht. Statt dessen konfrontieren wir eine Linke, die vollkommen gut versteht, in welche Richtung Europa geht aber *nicht mehr* an die traditionellen Werte der Linken *glaubt*. Und das ist nicht das Resultat eines Verrats durch diese oder jene führende Gruppe: es ist vielmehr ein Resultat der materiellen Prozesse der Bildung und Auswahl der führenden Gruppen.

Der Ursprung dieser Prozesse muss in der Veränderung der Parteien mit Unterstützung der Massen gesucht werden, die in den Dekaden nach dem 2. Weltkrieg begann und sich nach den 80ern beschleunigte. Es gibt mindestens zwei Arten von Massenparteien: die *Massenintegrationspartei* und die *Massenwahlpartei*.

Die erste hat die Hauptaufgabe, zur Herausbildung der Kultur der unteren Klassen beizutragen, und innerhalb dieser Klassen, führende Gruppen als Alternative zu den dominierenden Gruppen auszuwählen. Die zweite hat die Funktion einer Wahlmaschine, die die Wahl einer Führungsgruppe unterstützt, deren Zusammenstellung nicht oder nicht notwendigerweise innerhalb der Partei vor sich geht. Neuerdings, seit der Veränderung der Wahlkämpfe (personalisierter und immer häufiger im Fernsehen ausgetragen) ist die Massenwahlpartei schwerer zu nutzen und unnütz geworden. Die Anstrengungen Tausender von Parteimitgliedern sind weniger wert (oder so denken deren Führer) als die Arbeit einer einzigen Werbeagentur. Die Massenwahlpartei wird durch die „leichte“ Partei ersetzt. Die Wahlkampffonds werden hauptsächlich in Wahltechnologien und nicht in die Mitglieder investiert. Das ist auch eine *arbeitssparende* Intervention, die mit einer Abnahme in der politischen Partizipation und einer betonten sozialen Distanz zwischen den Kandidatinnen und Kandidaten und den Mitgliedern zu tun hat. Heutzutage werden die Kandidaten der Partei selbst hauptsächlich nach ihrem Anklang bei den Wählerinnen und Wählern ausgewählt und nicht nach ideologischer Loyalität, Klassenursprung oder Verbindung zu Erfahrungen sozialer Mobilisierung. In einer großen Zahl der Fälle kommen die Kandidaten noch nicht einmal mehr aus der Partei; sie werden aus den Rängen der öffentlichen Verwaltung, Technokraten und vor allem Entrepreneurs und Managern ausgesucht. Sehr oft sind sie Entrepreneurs und Manager von Berateragenturen, Dienstleistungsfirmen und den Arbeitsmarktagenturen, die ein maßgebliches Interesse an *Deregulierung* und prekärer Arbeit haben. Daher wird das linke Personal ausgewählt, ohne seinen Beziehungen zur Basis im Volk irgendeine Aufmerksamkeit zu schenken, und selbst wenn sie nicht direkt von kapitalistischen Entrepreneurs gestaltet

wird, so besteht die Linke dennoch aus Individuen, deren Hauptmission es ist, die Wahl zu gewinnen: eine Mission, die eine politische Kultur fördert, die nur dazu befähigt, sich an soziale Prozesse *anzupassen* und nicht zu *intervenieren*, um sie umzugestalten.

Dies sind die Gründe, warum die moderate Linke völlig in den Aufbau des neoliberalen Europas integriert ist - und warum sie direkt, ökonomisch an dieser Form der Globalisierung interessiert ist und warum sie durch ihre eigenen Wahlambitionen gezwungen ist, immer die dominante Ideologie anzunehmen.

In der Mehrzahl der Fälle ist der Identitätsverlust in der europäischen moderaten Linken ist daher nicht einem falschen Realitätssinn oder einem vorübergehenden Gedächtnisverlust zuzuschreiben. Er ist kein rein *ideelles* Phänomen, sondern ein *soziales* Phänomen, und es ist daher viel schwieriger zu überwinden.

All dies ist schlecht für die Politik der radikalen linken Parteien und die Bewegungen gegen den Neoliberalismus, es macht ihre Politik schwieriger. Einerseits ist es tatsächlich manchmal unmöglich, Bündnisse mit der moderaten Linken zu vermeiden, wenn man einer rechten Regierung widerstehen oder sie ersetzen will. Es ist auch unmöglich, weil ein großer Teil der *Wählerschaft* der Linken die Transformation dieser Linken in eine liberale Richtung entweder noch nicht verstanden hat, oder weil Wahlmechanismen in den verschiedenen Ländern häufig Bündnisse erfordern. Andererseits ist „die Einheit der ganzen Linken gegen die Rechte“ mittel- und langfristig keine wirksame Lösung, da linke Regierungen oft den Weg für den Erfolg rechter Regierungen bereitet haben.

Tatsächlich hat die Umkehr des europäischen politischen Zyklus alle Sorten von Mitte-Rechts-Regierungen auf Mitte-Links oder linke Regierungen *tout court* folgen sehen. Zu einem großen Teil ist das ein Resultat der neoliberalen Politik der Linken die, durch die Untergrabung oder den Abbau des *Sozialstaats* und der öffentlichen Intervention in die Wirtschaft, die materielle Basis der Anhänger aus den unteren Klassen von der Demokratie trennte.¹⁵ Dies förderte den Abbau einer Demokratie mit starkem sozialen Inhalt (wie sie in den Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa existierte) zu einer Demokratie liberalen Typs, in der die Volksmassen immer weniger wählen oder den „politischen Entrepreneurs“ folgen, die besser in der Lage sind, auf symbolische Weise auf die Ängste und Unsicherheiten, die durch den Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme verursacht werden, zu antworten, d.h. die Rechte.

¹⁵ Luigi Vinci, *I bivi dell' Europa*, Intervention beim Seminar der Associazione Culturale Punto Rosso zur Europäischen Verfassung, Milano, 27. Sept. 03.

6. Chancen und Probleme der Parteien der radikalen Linken und der Bewegungen

Es mag scheinen, dass die Parteien der radikalen Linken heutzutage große politische Chancen haben.

- die zerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung überall auf der Welt und die Rezession, die in den Wirtschaften der wichtigsten Länder eingetreten ist, macht die Suche nach einem alternativen Weg zum Sozialismus legitim. Gleichzeitig setzt die endgültige Niederlage des Staatssozialismus intellektuelle und politische Energien frei und schafft Zustimmung für die letztendliche Verwirklichung eines unbürokratischen und nicht-autoritären Sozialismus.
- Die politischen Ansätze der moderaten und ihre progressive Identifizierung mit neoliberaler Ideologie haben der radikalen Linken zum ersten Mal erlaubt, effizient um die Hegemonie über das Wählerreservoir der radikalen Linken zu werben.
- Die große Saison der politische Mobilisierung der Gesellschaft (von Seattle nach Porto Alegre, von Porto Alegre nach Genua usw.) hat neue Gesprächspartner aufgetan, die Elemente eines Netzwerk für soziale Aktion sein könnten, in dem sich die Parteien der radikalen Linken frei bewegen und ihren Einfluss über die beschränkten Sphären, die sie bis jetzt erreicht haben, hinaus ausdehnen könnten.

Jedoch bleiben diese Potentiale bis jetzt nur abstrakt, und es gibt zahlreiche Gegenteilstendenzen, die ihre Verwirklichung verhindern.

- In der öffentlichen Meinung besteht ein großes Misstrauen gegen alles, was in der einen oder anderen Weise nach Kommunismus aussieht, so dass der Konsens, den die radikalen linken Parteien für eine spezifische Kampagne erreichen, selbst wenn er stark ist, sich nicht in einen stabilen Wahlkonsens umsetzt.
- Mit dem Verschwinden oder der Umgestaltung der großen Arbeiterparteien - und also auch der sozialdemokratischen Parteien - haben die Individuen die Fähigkeit verloren, ihre eigene Klassenangehörigkeit mit einer Ideologie oder realer präziser Politik zu verbinden. Der Pool der Wähler aus dem Volk, die der Linken treu sind, mit der die moderate Linke anfängt zu konkurrieren, ist daher ziemlich klein. Das radikal linke Wahlvolk ist oft unbeständig und erratisch.
- Außerdem bewegt sich ein anderer wichtiger und bedrohlicher Konkurrent auf die Wähler zu: die Rechte. Die Rechte, wie wir gerade gesehen haben, schafft es, die Stimmung der öffentlichen Sorge mit größerer

Leichtigkeit und viel stärkeren Werkzeugen zu bedienen (dabei erstens und vor allem, dem Fernsehen). Deshalb ist das erste Resultat der Rezession nicht automatisch eine Bewegung der Wähler nach links, sondern eine Neigung nach rechts.

Und darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Problemen, die vom Prozess der Bildung der radikalen Linken herrühren, von ihrer Ideologie und den organisatorischen Formen, die sie sich gegeben hat. Oft sind es diese subjektiven Schwierigkeiten, die verhindern, dass die politischen Chancen zur Zeit ergriffen werden, und dabei ist die Überwindung dieser Schwierigkeiten die Vorbedingung für effiziente Aktion der Parteien, die wir hier betrachten.

Analysieren wir dieses Problem einmal näher. Wenn wir von den regierenden europäischen Klassen und von der moderaten europäischen Linken sprechen, können wir von einem ganz einheitlichen Subjekt sprechen, da es in seiner Wahl der neoliberalen Politikmuster konvergiert. Der einzige Unterschied liegt in der größeren oder kleineren Gewaltanwendung bei der Umsetzung dieser Politiken. Dasselbe kann von den radikal linken Parteien nicht gesagt werden: und das mag das erste große Problem dieser Parteien sein.

Tatsächlich hat jede dieser Parteien entweder eine Geschichte, die sich sehr von denen der anderen unterscheidet, oder ist die Frucht aus verschiedenen Erfahrungswelten, die noch nicht miteinander ausgeglichen sind. Unter den Parteien der radikalen Linken gibt es historische Erfahrungen und kulturelle Sensibilitäten, die sehr heterogen sind. Manche Parteien sind das Resultat der Umgestaltung von Parteien, die in dem einen oder anderen Land des „sozialistischen“ Blocks an der Macht waren, andere sind der Auswuchs von Transformationen und Friktionen in westlichen kommunistischen Parteien, und noch andere sind das Resultat der Fusion zwischen Exkommunisten und der sozialdemokratischen oder grünen Linken, und manche erhalten die Erfahrung der Neuen Linken in den 70ern und der pazifistischen Bewegung in den 80er Jahren aufrecht. Sehr oft erhält jede dieser Parteien all diese verschiedenen Orientierungen intern in einem größeren oder geringeren Maße aufrecht. Der Grund für das Aufeinanderstoßen dieser verschiedenen kulturellen und politischen Komponenten kann in der schweren Krise der Linken und der klaren Entscheidung der moderaten Linken für das neoliberale Feld liegen. Diese Faktoren haben alle antikapitalistischen Gruppen gezwungen, nach einem Terrain der Konvergenz zu suchen und zu versuchen, neue Kulturpolitik zu produzieren.

Bis jetzt haben Konvergenz und politische Innovation nicht die erwarteten Gewinne gebracht. Die hier untersuchten Parteien sind tatsächlich immer noch sehr gespalten, selbst innerhalb der GUE-Allianz, und diese Unterschiede sind

vor allem in den unterschiedlichen Standpunkten zur Europäischen Union sichtbar. Tatsächlich sind nicht alle von der Notwendigkeit für eine starke Union überzeugt, und viele ziehen es vor, dem Kampf an der nationalen Front Priorität zu geben, ohne die nötige Anstrengung zu unternehmen, gemeinsame Aktionen auf europäischer Ebene aufzubauen. Das bemerkenswerte Stillschweigen über die Prozesse der Entstehung und den Inhalt der europäischen Verfassung ist das sichtbarste Symptom dieses Mangels an gemeinsamer Initiative und der Meinungsunterschiede über die Wichtigkeit der Union selbst.

Wie im Falle der moderaten Linken kann ein großer Teil der Orientierungen der Ideen in der radikalen Linken durch materielle Prozesse erklärt werden, im Verhältnis zum Status der politischen Parteien in ihrem europäischen System. In der Mehrzahl der Fälle verstehen die Parteien die Arbeit für den Sozialismus traditionell als Aktion auf der Ebene des Staates, und in fast allen Fällen ist diese Meinung bestärkt worden und ist nun Teil der immanenten Identität vieler Parteien, da ihre Schaffung oder Differenzierung von der moderaten Linken tatsächlich auf der Idee des Schutzes oder der Weiterentwicklung des Sozialstaats beruht. Während der Sozialstaat in der konkreten historischen Erfahrung der Nationalstaat ist, identifiziert sich die europäische Konstruktion mit ihrem gegenwärtigen Verlust einiger Kompetenzen der Nationalstaaten durch die Abschwächung und den Abbau von Sozialleistungen. Das erklärt das Misstrauen vieler Parteien gegenüber der Europäischen Union: Misstrauen, das nur überwunden werden könnte, wenn diese Parteien - und ihre soziale Basis - verstehen würden, dass die Schwächung des Nationalstaats nicht durch die Europäische Union sondern durch die neoliberale Globalisierung verursacht wird und dass eine Stärkung der Union (unter anderen politischen Bedingungen als den augenblicklichen) die einzige wirksame Barriere gegen Neoliberalismus darstellen oder sogar eine Zurückgabe einiger staatlicher Leistungen ermöglichen könnte, diesmal zwischen nationalen, supranationalen und regionalen Körperschaften aufgeteilt.

Ein anderer sehr wichtiger materieller Grund für kulturelles Misstrauen gegen die Europäische Union ist die politische Ineffizienz des Ortes, wo die radikalen Linksparteien hauptsächlich in der Lage sind, ihre Präsenz auszudrücken, nämlich des europäischen Parlaments. Wir haben schon festgestellt, dass das Europäische Parlament eine Körperschaft mit sehr wenig Macht im Vergleich zum Rat oder der Regierungskonferenz ist. Die Initiativen, die auf der parlamentarischen Ebene allein unternommen werden, sind praktisch immer symbolische Gesten, und ihre sofortige Wirksamkeit ist sehr fraglich. Außerdem ist die Schwächung der Parlamente gegenüber den Regierung heute ein sehr weit verbreitetes und unumkehrbares Phänomen und betrifft auch alle Nationalstaaten: daher müsste das Misstrauen gegen das Europäische Parlament

kohärenterweise auf eine Misstrauen gegen jede parlamentarische Aktion erweitert werde. Wenn wir statt dessen zu Recht betonen, dass die Rolle der Parlamente geschützt und gestärkt werden sollte, müsste ein gemeinsamer und kohärenter Kampf sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene gekämpft werden. Es ist nicht das Europäische Parlament, das den Nationalstaaten Macht wegnimmt und dadurch die Möglichkeiten für Sozialpolitik abschwächt. Es sind die nationalen Regierungen und der Europäische Rat, die die parlamentarische Demokratie schwächen, um besser in der Lage zu sein, unbeliebte neoliberale Politiken durchzusetzen. Nur in einer europäischen Dimension würde eine neue Demokratie, die auch darauf setzen würde, die Rolle des Parlaments zu reaktivieren, in der Lage sein, die Instrumente der politische Ökonomie zu beherrschen, mit deren Hilfe die materiellen Grundlagen der Demokratie selbst wieder aufgebaut werden könnten.

Wie wir jedoch anfangs gesagt haben, all dies ist ein mächtiger Widerspruch: Die erweiterten und Umverteilungs-, Umwelt- und Anti-Kriegs-Politikansätze können nur im europäischen Rahmen entwickelt werden; andererseits können diese Ansätze nicht innerhalb des augenblicklichen europäischen Rahmens, so wie er im Augenblick gestaltet ist, entwickelt werden. Wie entkommen wir diesem Widerspruch?

Eine teilweise Antwort könnte vielleicht aus der Erfahrung des Partito della Rifondazione Comunista (PRC, Kommunistische WiedergründungsPartei) kommen, die in Italien und in Europa innovative Wege entwickelt hat, um anti-kapitalistische Politik zu entwickeln.

Vielleicht also wegen des stark europäischen Charakters der ganzen italienischen politischen Kultur, stellte die PRC sofort fest, dass die Initiativen der dem Kapitalismus antagonistischen Kräfte inmitten des großen durch die Globalisierung produzierten Lebens sich wirksam nur auf kontinentaler Ebene bewegen konnten. Diese Intuition war nicht nur formal, sie reduzierte sich nicht nur auf ein paar Passagen in Kongresstexten, und sie bedingte die ganze Politik der PRC an ihren wichtigsten Wendepunkten. So kann zum Beispiel zunächst die Unterstützung der PRC für die Linksregierung von Romano Prodi und dann der Bruch mit dieser Regierung auch im Verhältnis zu den Konstruktionsdynamiken der EU erklärt werden. Bis zur Einführung der Einheitswährung nahm die PRC, unter großen Anstrengungen und mit großen internen Spannungen, eine Reihe restriktiver Maßnahmen an, die dazu dienen sollten, die notwendigen Bedingungen für eine sofortige italienische Mitgliedschaft im EURO - Gebiet zu schaffen. Also behandelte die Partei den Eintritt in den Europaraum als ein Ziel, das bis zu einem bestimmten Punkt die Opferung anderer wichtiger Ziele rechtfertigte. Aber nachdem dieses Ziel erreicht worden war, forderte die Partei eine neue

politische Phase zu beginnen, in der der Eintritt nach Europa die Initiative für eine neue neokeynesianische Politik auf der nationalen und kontinentalen Ebene bedeuten sollte. Nachdem sie keine positive Antwort auf diese Frage erhalten hatte, zog die PRC ihre Unterstützung für die Prodi-Regierung zurück und startete eine starke Polemik gegen die Kräfte des Zentrums und der moderaten Linken. Diese Polemik wurde während des Krieges gegen Serbien sogar noch akuter. Dies bedeutete nicht, dass die europäische Perspektive aufgegeben wurde, sondern dass eine Anstrengung unternommen wurde, andere Wege für den Aufbau eines „in Solidarität geeinten Europas“ zu finden. Diese Wege wurden zunächst mit der Aktion innerhalb der GUE begonnen, und dann, viel wichtiger, nach 2000, mit der Öffnung hin zu den sozialen Bewegungen, die anfangen, gegen die Entscheidungen aller supranationalen Einrichtungen scharf zu protestieren. Das bedeutete sofortige Konfrontation mit der neuen Form der gegenwärtigen Macht, die nicht länger nur vom Nationalstaat ausgeübt wird, sondern von einem Zusammenfluss verschiedener Entscheidungsebenen. Auch auf dieser neuen, reichen Beziehung zu den Bewegungen gegründet, schlug die PRC wiederum Aktionen auf der europäischen Ebene und die Gründung eines neuen politischen Subjekts vor, das in der Lage wäre, die besten Erfahrungen von Parteien und Bewegungen zusammenzubringen und auf dieser Basis auf die Errichtung eines alternativen Europas hinzuwirken.¹⁶

Die Entwicklung der PRC erlaubte es der Partei, eine wichtige Rolle in der italienischen Politik zu spielen, obwohl sie auch die großen Schwierigkeiten hatte, die alle Parteien der radikalen Linken gemeinsam haben. Diese Entwicklung könnte vielleicht zeigen, dass es möglich ist, EuropäerIn zu sein, ohne neoliberal zu sein und wie es möglich sein könnte, einen politischen Raum zu gestalten, der fähig wäre, Einkommen umzuverteilen und Rechte zu garantieren, ohne sich auf die nationale Ebene zurückziehen zu müssen.

Deshalb besteht der Weg aus dem Widerspruch, den wir oben festgestellt haben, vor allem in der Öffnung hin zu allen sozialen Bewegungen, die heutzutage auch das Problem des Aufbaus eines modernen Europas konfrontieren. Der *Engpass*, den parlamentarische Aktion (auf der nationalen und auf der europäischen Ebene) darstellt, könnte vielleicht mit der Schaffung einer Synergie zwischen den Aktionen der Parteien und den Aktionen der Bewegungen überwunden werden, einer Synergie, die die Privilegien der Parlamente erweitern würde und auf einer zeitgenössischen Grundlage die Bedingungen einer weit gefassten sozialen Demokratie definieren würde, die nicht ausschließlich auf repräsentative Demokratie beschränkt wäre. Wir werden auf diesen Punkt zurückkommen.

¹⁶ Fausto Bertinotti, „Per un nuovo soggetto politico“, in: *la rivista del Manifesto*, Nr. 30, Juli/August 2002.

Die Öffnung hin zu den sozialen Bewegungen ist für viele Parteien der radikalen Linken wegen spezifischer Situationen schwierig (Fehlen oder relative Schwäche der Bewegungen auf der nationalen Ebene) oder aufgrund ideologischer Barrieren, die auf der Idee beruhen, dass die Partei immer noch das Hauptinstrument oder eben das einzige Instrument des Kampfes der unteren Klassen sei. Selbst wenn die Schwäche der Bewegungen auf der nationalen Ebene mit dem Hinweis auf die globale Bewegung umgangen werden kann, ist die Überwindung der ideologischen Barrieren immer noch schwieriger. Tatsächlich wurden viele Parteien der radikalen Linken in den letzten Jahren auf der Grundlage von zwei Prinzipien: 1) Bezug auf den Staat als Instrument sozialer Emanzipation und 2) Sicht der Partei als grundlegende Garantie für die politische und ideologische Unabhängigkeit der unteren Klassen, gegründet oder ihre Existenz etabliert. Da der Bezug auf den Staat es für diese Parteien schwierig macht, die Selbständigkeit der zahlreichen Vereinigungen zu akzeptieren, in denen die Gesellschaft sich organisiert, hindert sie der Hinweis auf die Partei (und ihre zentrale Funktion) daran zu verstehen, welche politische Rolle diese Vereinigungen und Bewegungen heute haben. Die kulturelle Wiederbelebung der radikalen Linken würde die Annahme der Idee voraussetzen, dass der „öffentliche Raum“ nicht nur ein staatlicher ist. Jedoch wird diese Belebung nur wirklich wirksam, wenn sie mit dem Verständnis der Tatsache verbunden ist, dass die radikale Linke selbst *ein neues Modell einer Partei* ausarbeiten muss, wenn sie noch in der Lage sein will, in einen Dialog mit der Gesellschaft einzutreten. Dabei geht es nicht darum, auf das Modell der „leichten Partei“ umzusteigen, sondern die Idee der traditionellen Partei, die sich die Massen einverleibt, für die der *konnektiven* Massenpartei aufzugeben.

Während die traditionelle Partei mit Massenunterstützung fast alle Formen der sozialen und politischen Aktion der unteren Klassen umfasste und die anderen Vereinigungen (und manchmal sogar die Gewerkschaften) mit nur einer sekundären Funktion beließ, würde eine neue konnektive Massenunterstützungspartei zugeben müssen, dass es jetzt *unmöglich* ist, alle soziale Aktion in eine politische Agenda zu einigen, und dass sie sich definitiv als eine Körperschaft erweisen müsste, die fähig wäre, verschiedene Formen der Aktion und verschiedene gesellschaftliche Vereinigungen zu verbinden, die von der Partei unabhängig sind und bleiben. In manchen Fällen könnten diese Vereinigungen sogar die Führung für die ganze Bewegung übernehmen. Die Merkmale, die diese Partei von den anderen Vereinigungen unterscheiden, ist die Tatsache, dass die Partei notwendigerweise *alle* Aspekte des sozialen Kampfes wahrnimmt, während die anderen Körper oft *auf ein Thema fokussiert* sind, und außerdem, dass die Partei sich *immer* das Problem der Beziehung zwischen den sozialen Kämpfen und der Sphäre der Staatsmacht ansieht. Um jedoch eine reale

kulturelle Veränderung innerhalb der radikalen Linken und insbesondere der kommunistisch inspirierten Linken hervorzubringen, ist es wichtig zu verstehen, dass die Funktion der Beziehungen zwischen den verschiedenen Formen des Kampfes, oder sogar zwischen diesen Formen des Kampfes und dem Staat, tatsächlich in bestimmten Zyklen, durch Vereinigungen oder Netzwerke von Vereinigungen, die nicht zur Partei gehören, geändert werden kann, selbst wenn die Partei - mehr als die anderen - die Körperschaft ist, die lernen muss, wie diese Funktion zu verändern ist.

Die Umgestaltung des traditionellen Konzepts der politischen Partei ist wahrscheinlich eine wesentliche Bedingung für die Entwicklung und auch für das Überleben der Parteien der radikalen Linken. Wenn es wirklich wahr ist, dass diese Parteien häufiger eine konstante Orientierung der Wählerschaft vertreten, selbst wenn es eine Minderheit ist - dann würden sie anscheinend eine präzise soziale Funktion der Organisation des Dissenses wahrnehmen. Das ist das akute und gefährliche Signal eines Rückzugs auf nationale Realitäten, das sehr wichtig ist (Beispiele sind Frankreich und Deutschland- in Frankreich insbesondere die PCF). Es zeigt, dass es keine Garantie gibt, dass ein Teil der Wählerschaft sich weiterhin mit der radikalen Linken identifizieren wird und dass diese tatsächlich stabil repräsentiert bleibt. Eine Analyse der sozialen Basis und der Parteimitglieder würde ziemlich wahrscheinlich auch die starke Präsenz stark mit der vorigen Phase des Klassenkampf verbundener sozialer Figuren aufzeigen und eine weniger wichtige Präsenz sozialer Figuren, die sich in den heutigen neuen Bewegungen ausdrücken und die zukünftige Zusammensetzung der unteren Klassen anzeigen. Nur eine Partei, die mit dem Anspruch aufhört, das einzige legitime politische Subjekt zu sein, kann hoffen, die Bedürfnisse und Bestrebungen einer neuen Mitgliedergeneration, die an individuelle Autonomie, kritische Analyse und eine Vielzahl von Kampfformen und Debattenforen gewöhnt ist, abzudecken.

Schließlich, und um direkt auf unser Thema zurückzukommen, kann nur eine konnektive Partei das Modell für einheitliche Aktion auf der europäischen Ebene repräsentieren, eine Aktion, die viele diverse Realitäten hat: Parteien mit unterschiedlicher Geschichte, Bewegungen, Vereinigungen und Gewerkschaften.

Um zusammenzufassen: *politischer Dialog zwischen radikalen Parteien, Akzeptanz der Wichtigkeit der Europäischen Union, eine neue Interpretation der Rolle des Staates und innerhalb des Staates, des Parlaments, starke Wiederbelebung der Partei und eine Öffnung zu den verschiedenen sozialen Bewegungen hin.* Dieses sind die Anfangsbedingungen, die für eine wirksame Aktion der radikalen Linken in Europa gebraucht werden. Wenn diese Bedingungen nicht verwirklicht werden, ist es leicht vorauszusehen, dass die

Parteien der radikalen Linken jeden wirklichen Einfluss auf die europäische Politik und also auf die Politik der einzelnen Nationen verlieren werden. Und so würden die herrschenden Klassen einen unbequemen Gegner loswerden, und die Bewegungen einen potentiellen Partner.

Außerdem würden die Bewegungen wirklich einen anerkannten Partner brauchen, der fähig wäre, gleichzeitig innerhalb der Institutionen (nationalen und supranationalen) und der *Gesellschaft* zu verbleiben. Nicht weil die sozialen Bewegungen keine politische Dimension hätten, wie das *Establishment* der herrschenden Klassen (die moderate Linke eingeschlossen) und auch die Führer der radikalen Linken immer wieder wiederholen, sondern aus einem subtileren Grund, der nicht sofort offenkundig ist.

In Wirklichkeit brauchen die Bewegungen keine Partei, die ihnen beibringt, was Politik ist, oder die „harmlosen“ Forderungen und Bedürfnisse der Bewegung selbst umsetzt. Im Gegenteil, die so genannte „nicht-globale“ Bewegung ist statt dessen eine völlig politische Bewegung. Nicht nur, weil sie aufgrund ihrer zahlreichen und differenzierten Komponenten, einige soziale Probleme konfrontieren, die die Parteien nicht ansprechen können oder nicht wissen, wie sie sie ansprechen könnten (z.B. die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Kapitalakkumulation, Formen der Sexdominierung, die Möglichkeiten für ökologische Produktionskonversion etc.). Bewegungen befassen sich mit Fragen der politischen Macht, die tiefer gehen und wichtiger sind, als die normalerweise im Parlament behandelten. Sie zeigen auch die Fähigkeit den Ereignissen, die wirklich die entscheidenden sind, wieder die notwendige Aufmerksamkeit zu geben. Z.B. hat keine Partei der moderaten Linken, und noch nicht einmal eine Parteigruppe der radikalen Linken, daran gedacht, das Problem der europäischen Verfassung auf ihre Tagesordnung zu setzen. Oder, wenn sie daran gedacht haben, haben sie es nicht mit der nötigen Wirksamkeit und dem notwendigen Stellenwert getan. Nur die Bewegung hat versucht, Initiativen zu starten, die mit den heute laufenden Kämpfen Schritt halten und versucht, die allgemeinen Vorbedingungen und besonderen Inhalte des europäischen Verfassungsentwurfs zu diskutieren, sowohl anlässlich der Demonstration während der Regierungskonferenz in Rom am 4. Oktober 2003 als dann auch auf dem 2. Europäischen Sozialforum in Saint-Denis vom 12.-15.11.03.

Daher sind die Grenzen der Bewegung nicht ganz ihrem angeblichen „nichtpolitischen“ Charakter zuzuschreiben. Es ist wahrscheinlicher, dass sie Aktionen riskiert, die reich in politischen *Intentionen* sind, aber keine politischen *Effekte* haben, entweder wegen des Mangels an institutionellen Partnern oder wegen des wahrscheinlichen Verlustes an Vereinigungen, die an

der Bewegung für Strukturen zur Unterstützung für das europäische institutionelle Projekt teilnehmen wollen.

Tatsächlich besteht, wie Laurent Pech angemerkt hat¹⁷, gemeinsam mit dem klaren Demokratiedefizit der europäischen Institutionen, hauptsächlich ein konsequenter Mangel an Verantwortlichkeit des Rates gegenüber dem Parlament und daher unzureichende Gewaltenteilung. Ein Teil der europäischen Führer versucht darauf, durch den Ausbau öffentlicher und privater Agenturen, die auch mit konkreter *Gouvernanz* befasst sind, zu antworten. Die Kontrolle der Regierungen, die nicht länger durch eine institutionelle Körperschaft erfolgt, wird während der konkreten Prozeduren der *Verwaltung* hauptsächlich durch zivilgesellschaftliche Assoziationen durchgeführt werden (Experten in Vereinigungen in den verschiedenen Sektoren, die an *Gouvernanz*-aufgaben teilhaben). Sie werden an der Formulierung von Entscheidungen und an der Überprüfung ihrer Durchführung teilnehmen. Auf diese Weise könnte „eine partizipative Demokratie“ verwirklicht werden, die die alten Legitimationskontrollen der repräsentativen Demokratie durch neue, durch pluralistische *Gouvernanz* ermöglichte Effizienz- und Transparenzkontrollen ersetzen wird. Wir können sofort festhalten, dass einerseits dieser Typ der Ausweitung der Demokratie auf die Mechanismen, die die konkrete Veranlagung und Verwirklichung von Normen leiten, den Existenzmodalitäten einer modernen Macht angemessen wäre, die immer häufiger nicht im Parlament und immer häufiger in der Verwaltung zu finden ist.¹⁸ Andererseits, wie Pech selbst sagt, wissen wir auch nicht, wer die Aktion dieser Vereinigungen legitimiert hat, die in die *Gouvernanz* aufgenommen sind: wer sie gewählt hat, wer sie kontrolliert hat, wer ihre Wahl widerruft, wenn nötig? Eine Aufgabe ist es, repräsentative Demokratie mit partizipativer zu integrieren, und die andere, für die Stärkung letzterer und Beschränkung ersterer vorzusorgen.

Nichtsdestotrotz, über die Werturteile hinaus, die zu diesem Projekt der *Gouvernanz* geäußert werden könnten, bleibt die Tatsache, dass diese Projekte existieren, sehr konkret sind und schon in verschiedenen Situationen in der ganzen Welt angewandt werden. Sie sind eine Realität, eine Realität, über die gesagt wird, dass in dem konkreten Regierungsprozess die Assoziationen der Zivilgesellschaft (die oft die tiefe Struktur der Bewegung gegen den Neoliberalismus darstellen) *dazu neigen, wichtiger zu werden als die Parteien*, und dass diese Vereinigungen *auch dazu tendieren, von den führenden Klassen kooptiert zu werden*, wie es den Parteien in der Vergangenheit auch erging und dann zu schlichten funktionalen Anhängseln der Macht reduziert zu werden.

¹⁷ Laurent Pech, ebenda.

¹⁸ Mi sia concesso di rinviare, su questo punto, al mio Nella corrente. Mutamenti dell' azione politica, Milano, Punto Rosso, 1994.

Es ist sicher wahr, dass die Bewegung gegen den Neoliberalismus heutzutage eine politische Wirkung hat, die es verhindert, dass viele ihrer Vereinigungen von den herrschenden Klassen kooptiert werden. Aber damit die Unabhängigkeit dieser Bewegung nachhaltig weiter bestehen kann, ist es wichtig, dass die Bewegungen sich mit „institutionellen Mechanismen“ ausstatten, die fähig sind, seine eigene Unabhängigkeit zu verstärken. Die Vereinigungen der Bewegung dürfen weder als einfache *Lobbies* agieren (denn dann würden sie der politischen Macht in jedem Fall unterworfen) noch als politische Parteien (weil sie dann ihre Originalität verlieren würden). Sie müssten Leben in „Generalstände“ blasen, in der Lage sein, klare politische Strategien zu formulieren und so die politischen Parteien zu transparenter und verantwortlicher Aktion verpflichten. Andererseits könnten die Parteien am Schreiben von Analysen teilhaben und die Aktionen der Bewegungen mit der Unterstützung einer Legitimität durch politische Repräsentation versehen, die ihre unsichere „partizipatorische“ Legitimität ergänzen würde.

Im Ganzen: eine Synergie zwischen Parteien und Bewegungen, zwischen zwei verschiedenen Formen der politischen Aktion, beide nützlich und notwendig, wird gebraucht, um die Herausbildung einer alternativen Richtung im Aufbau Europas auf nationaler und supranationaler Ebene einzuleiten.

Ohne diese Synergie würde niemand die Kraft oder Legitimität haben, um den Marsch des neoliberalen Europas aufzuhalten.

7. Alternativen für die Parteien und die Bewegungen

Abschließend scheint es sinnvoll, mehr oder weniger schnell anzudeuten, welches einige der wichtigsten Alternativen sind- was die Europäische Union angeht - unter denen die Parteien und Bewegungen wählen müssten:

- Ist es wirklich wichtig, sich auf Aktion auf europäischer Ebene festzulegen? Oder ist es wichtiger, eine Aktion auf der nationalen Ebene zu entwickeln? Die Bewegungen haben schon geantwortet und darauf hingewiesen, dass die supranationale Ebene für den Kampf entscheidend ist. Insoweit dieser Punkt besprochen ist, sind die Parteien immer noch unentschieden. Jedoch ist es wahr, dass Aktion auf der nationalen Ebene unerlässlich ist und dass die heutige Politik sich als Aktion auf mehreren Ebenen darstellt. Daher ist es auch wahr, dass die Kultur vieler Parteien der radikalen Linken eine Veränderung braucht, die diese Parteien zwingen wird, der europäischen Dimension die Wichtigkeit zu geben, die sie verdient.

- Wenn auch Einigkeit über die Notwendigkeit für ein starkes politisches Subjekt besteht, ist es richtig, darum zu kämpfen, aus diesem Subjekt eine Föderation zu machen? Vielleicht wäre es realistischer und effizienter, auf eine flexiblere Form der Union hinzuwirken, die es Europa erlauben würde, eine unabhängige politische Rolle zu spielen? Eine Föderation wäre sicher die optimale Form, aber der augenblickliche Status der Union und die voraussehbaren Auswirkungen ihrer bevorstehenden Erweiterung werden die föderale Lösung weniger direkt begünstigen. Darüber hinaus könnte es notwendig sein, für alle europäischen Bürger eine „Lehrphase“ einzurichten, und die föderale Lösung könnte verfrüht sein und eine Ablehnungsreaktion produzieren.¹⁹
- Was sollte die gegenseitige Beziehung zwischen Parteien und Bewegungen der radikalen Linken sein? Ist es möglich, eine reale Synergie zu schaffen, oder ist es im Augenblick realistischer, Prozesse gegenseitiger Anerkennung zu starten mit einer Perspektive für zukünftige Kooperation in den Aktionen?
- Welche Beziehung sollte zu den Parteien der europäischen moderaten Linken aufrechterhalten werden? Eine klare Differenz, eine taktische Allianz, eine strategische Allianz? Die erste und letzte Antwort scheinen unzureichend flexibel zu sein: Die erste setzt voraus, dass die moderate Linke ein monolithischer Block ist, der nun für Politik für das Volk völlig verloren ist, die dritte nimmt an, dass diese Linke wirklich noch links und noch nicht gänzlich mit der neoliberalen Logik identifiziert ist. Die Zwischenantwort ist vielleicht die, die es ermöglichen würde, eine Beziehung mit der Wählerbasis der moderaten Linken aufrechtzuerhalten und erhält auch die Unabhängigkeit der radikalen Linken am Leben, sowie die Möglichkeit, die moderate Linke dazu zu bringen, ihre Widersprüche zu klären. In jedem Fall ist bemerkenswert, dass das Problem der Beziehung mit der moderaten Linken nicht nur die Parteien der radikalen Linken, sondern auch die Bewegungen angeht. Und tatsächlich schwanken die Bewegungen auch zwischen der Ablehnung jeder Beziehung mit der moderaten Linken und *Lobbyarbeit*, die die Parteien sozialdemokratischen Typs als privilegierte Vermittler ansieht.

Die Antwort darauf und andere ähnliche Probleme würde eine Untersuchung der in diesem Beitrag untersuchten Themen erfordern: die Eigenschaften und gegenwärtigen Tendenzen des europäischen Aufbaus, die Rolle der moderaten und der radikalen Linken und die Rolle der Bewegungen. Diese Themen erfordern

¹⁹ Luigi Vinci, *ebenda*.

sicherlich eine eingehende tiefe Analyse. Jedoch muss die Antwort bald erfolgen: wenn nicht, wird Europa ohne uns weitergehen.

Oder zurück!

Übersetzung Carla Krüger